

Das Dokument

DGB-Brief an den FDGB

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß auf seiner Tagung am 3. Februar 1970 in Düsseldorf einstimmig, in einem Brief an den FDGB Sondierungsgespräche zwischen Vertretern des DGB und FDGB über den Nutzen einer offiziellen Aufnahme von Kontakten vorzuschlagen. Der Brief hat folgenden einmütig gebilligten Wortlaut:

„Werter Kollege Warnke,

der Bundesvorstand des DGB hat sich eingehend mit der Frage möglicher Kontakte zum FDGB beschäftigt. Als demokratisch gewählte Vertreter der größten Arbeitnehmerorganisation der Bundesrepublik unterstützen wir jede Maßnahme, die geeignet ist, die internationale Entspannung zu fördern.

In unserem Bemühen, zur Verbesserung der Beziehungen der Völker, zur Sicherung des Friedens und zum Wohlergehen der arbeitenden Menschen beizutragen, haben wir auch mit Gewerkschaftsvorständen von Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes Gespräche aufgenommen und sind bestrebt, positive Resultate zu erzielen.

Es gilt abzuklären, ob Kontakte zwischen unseren Organisationen für das friedliche Zusammenleben der Völker und die Förderung der gemeinsamen Interessen beider Teile Deutschlands von Nutzen sein können. Wir haben nicht die Absicht, uns in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen und uns dem Vorwurf einer Bevormundung auszusetzen. Wir haben auch nicht die Absicht, in der Art der Leipziger Arbeitnehmerkonferenzen den Mitgliedern des FDGB Ratschläge zu erteilen, was sie in ihren Organisationen tun oder nicht tun sollen. Wir halten überhaupt jeden Eingriff in den Organisationsbereich der anderen Seite für unvereinbar mit dem Geiste friedlicher Koexistenz und dem Recht der Selbstbestimmung der Mitglieder in ihren eigenen Verbänden.

Wir sind der Auffassung, daß eine freimütige Darlegung der gegenseitigen Meinungen durch die verantwortlichen Sprecher der jeweiligen Organisationen in den Publikationen und Massenmedien der Kontaktpartner notwendig ist. Bekanntlich vertreten unsere Organisationen in vielen politischen und gesellschaftlichen Fragen sehr verschiedenartige Standpunkte. Wir wünschen jedoch eine sachgerechte Beurteilung der existierenden gesellschaftlichen Systeme und der gewerkschaftlichen Zielsetzungen. Dabei muß die Möglichkeit der Selbstdarstellung in den Publikationsmitteln der anderen Seite gewährleistet

Ebenso wie die Bundesregierung sind wir der Meinung, daß die bestehenden Hindernisse für die menschlichen Beziehungen in beiden Teilen Deutschlands abgebaut und am besten aufgehoben werden sollen. Selbstverständlich gibt es noch andere Fragen, an denen wir interessiert sind. Wir verweisen nur auf den Bereich sozialpolitischer Themen sowie Fragen gewerkschaftlicher Bildungspolitik, insbesondere der Berufsausbildung.

Welchen Nutzen die offizielle Aufnahme von Kontakten in Hinblick auf die eben dargelegten Gesichtspunkte haben könnte, sollte in Sondierungsgesprächen zwischen Vertretern des DGB und des FDGB geklärt werden. Zur Erörterung technisch-organisatorischer Einzelheiten wäre ein Vorgespräch auf Referentenebene erforderlich, das in Kürze stattfinden könnte.

Mit kollegialem Gruß

Heinz O. Vetter

Vorsitzender des Deutschen
Gewerkschaftsbundes

Internationale Rundschau

Rezession plus Inflation in den USA?

Präsident *Nixon* trat sein Amt vor einem Jahr mit dem Versprechen an, alles zu tun, um den Kaufkraftschwund des Dollars zu bremsen, der 1968 einen Umfang von etwa 5 vH erreicht hatte. Und zwar solle dies ohne nennenswerte Krise, ohne wesentliche Zunahme der Arbeitslosigkeit erreicht werden.

Die Bilanz nach einem Jahr sieht nicht sehr erfolgreich aus. Zwar hat die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich zugenommen; im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten blieb sie stabil. Aber die Lebenshaltungskosten stiegen noch schneller als im Vorjahr, um 0,5 vH im Monatsdurchschnitt, und das Tempo der Steigerung hat in den letzten Monaten eher zugenommen. Auch die Großhandelspreise steigen noch immer, und damit ist bis auf weiteres keine Verlangsamung im Preisauftrieb zu erwarten. Dies um so weniger, als die Preise für Dienstleistungen, Verkehrsmittel, Wohnkosten usw. unerbittlich weiter steigen.

Gleichzeitig ist aber der Anstieg im nationalen Gesamtprodukt (GNP) zum Stillstand gekommen und hat das monatelange Rätselraten unter den Experten, ob es eine Rezession geben werde, zu einer müßigen Spielerei gemacht. Die Vereinigten Staaten stehen bereits im Beginn einer Rezession, und die Meinungsverschiedenheiten können nicht mehr über das „ob“, sondern nur noch über das

„wie tief“ gehen. Selbst das Handelsministerium gibt in seiner Februar-Übersicht erstmals zu, daß das Jahr 1970 „ein ungemütliches“ sein werde. Die Optimisten hoffen noch immer auf eine Seitwärtsentwicklung a la 1965/66, mit einem leichten Rückgang in der ersten Jahreshälfte, gefolgt von einem Wiederanstieg in der zweiten. Aber es ist weit wahrscheinlicher, daß die Rezession sich dem Umfang der Rezession von 1960/61 nähern wird, mit seinerzeit 7 vH Arbeitslosigkeit und einer Schrumpfung der Industrieproduktion um 9 vH.

Die statistischen Zahlen geben im Augenblick noch keine genauen Anhaltspunkte über den zu erwartenden Trend. Das GNP stieg noch von 865,7 Md. Dollar 1968 auf 932 Md. im Jahre 1969. Von dieser fast achtprozentigen Steigerung blieb aber nach Anrechnung der Geldentwertung weniger als 3 vH übrig, und im 4. Quartal 1969 ging das GNP in „wirklichen“ Dollars zum erstenmal leicht zurück. *Fortune*, die Zeitschrift der aufgeklärten Businesswelt, rechnet für 1970 günstigstenfalls mit einem Anstieg auf 980 Md., das heißt mit einer echten Steigerung von allenfalls 1 vH, nach einem Rückgang in der ersten Jahreshälfte. Diese Prognose ist zwar weniger günstig als die des Handelsministeriums, scheint aber auch noch eher zu optimistisch. U. a. fußt sie auf der Erwartung, daß die Preissteigerung 4 vH nicht überschreiten werde.

Der Federal Reserve Board-Index für die *Industrieproduktion* (1957—1959 = 100) stieg zwar im Jahresdurchschnitt noch von 165,3 im Jahre 1968 auf 172,5 im Jahre 1969. Er ist aber von seinem Höhepunkt im August 1969 (174,6) ununterbrochen auf 170,9 im Dezember gefallen. *Fortune* erwartet für die erste Jahreshälfte eine weitere Senkung um etwa 3 Punkte auf 168. Ein Tiefpunkt von etwa 160 scheint mir aber durchaus nicht ausgeschlossen, d. h. um etwa 9 vH unter dem Höhepunkt.

Denn alle wichtigen Komponenten, welche die Industrieproduktion beeinflussen, deuten nach unten oder haben bereits ihren Rückgang begonnen. Mit der Stockung im Konsum haben sowohl Fabriken wie Handel begonnen, ihre *Lagervorräte* mehr dem Umsatz anzupassen. 1969 sah noch im Jahresdurchschnitt eine Wertzunahme der Warenlager um 7,9 Md. Dollar, aber der Trend im letzten Quartal ging abwärts, und alles deutet darauf hin, daß die nächsten Monate einen verstärkten Abbau der Vorräte bringen werden: die Automobilindustrie, eine ausgesprochene Schlüsselindustrie, hat ihre Produktion zunächst um etwa 20 vH gedrosselt; die hohen Zinssätze machen eine überhöhte Lagerhaltung sehr kostspielig, und wenn erst die Großhandelspreise sich zu nivellieren beginnen, dann entfällt ein weiterer Anreiz zur Lagerhaltung, der Schutz vor Preiserhöhungen.

Ähnliches gilt für die *Investierungen in Fabrikanlagen und Kapitalgütern*. Sie stiegen von 62 Md. Dollar 1968 auf 71,1 Md. Dollar 1969, eine recht erstaunliche Steigerung in Anbetracht der hohen Kosten und der Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung. Gestützt auf eine Umfrage unter den großen Unternehmen kam das Handelsministerium noch im Januar zur Schätzung einer weiteren Erhöhung für 1970 auf 78 Md. Dollar. Diese Zahl ist aber zweifellos zu hoch gegriffen. Die Ausnützung der Produktionskapazität ist nämlich seit ihrem Höhepunkt von 85 vH Mitte 1967 ständig zurückgegangen und fiel im Dezember 1969 mit 81,8 vH auf einen seit fünf Jahren nicht mehr erreichten Tiefpunkt; ein weiteres Absinken auf etwa 75 vH im Laufe des Jahres erscheint wahrscheinlich. Unter solchen Umständen pflegen die Investitionspläne scharf gedrosselt zu werden, und zumindest das zweite Halbjahr sollte einen Rückgang der Kapitalausgaben bringen.

Der *Wohnungsbau* ist seit über einem Jahr in einer Krise; er liegt mit 1,2 Millionen Einheiten weit unter dem Bedarf. Einerseits sind die Baukosten besonders stark angestiegen, andererseits hat die Kapitalknappheit den Hypothekenmarkt besonders stark getroffen. Andere Investierungsmöglichkeiten werfen eine höhere Rendite ab, und die Sparkassen, traditionell die hauptsächliche Kapitalquelle für den privaten Wohnungsbau, sahen ihre Einlagen reduziert, durch die Beschränkung ihrer Zinssätze auf 5 vH. Die Entwicklung des Wohnungsbaus im Jahre 1970 wird deshalb völlig von der Regierungspolitik abhängig sein, von der direkten Bereitstellung von Mitteln sowie von der Einleitung einer Auflockerung des Kapitalmarkts. Aber bisher hat die Nixonregierung im Gegenteil die Mittel für den sozialen Wohnungsbau in den Großstädten erheblich gekürzt. Eine wesentliche Belebung des Wohnungsbaus ist daher zunächst nicht zu erwarten. Dabei steigt der Wohnbedarf mit der hohen Zahl der Eheschließungen unter der ersten Nachkriegsgeneration stark an.

Schließlich ist der *Güterkonsum* seit einem halben Jahr, nach Einrechnung der Preissteigerungen, ins Stocken gekommen, für Dauerkonsumgüter (Autos, Einrichtungsgegenstände usw.) schon seit einem Jahr. Für 1970 ist gerade bei den letzteren ein Konsumrückgang zu erwarten. Insgesamt stiegen die Privatausgaben von 536,6 Md. Dollar 1968 auf 574 Md. Dollar 1969, nach Berücksichtigung der Preisbewegung immerhin noch um 3 vH. Diese Zunahme ist fast ausschließlich auf die Ausgaben für Dienstleistungen zurückzuführen. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten sowie der Zinsen für Kreditkäufe führten übrigens zur Senkung der *Spartätigkeit* von 7 vH auf 2 vH des persönlichen Einkommens, ein selten erreichter Tiefpunkt.

Bei den *Regierungsausgaben* brachte das Jahr 1969 zum erstenmal einen leichten Rückgang der Rüstungsausgaben, jedenfalls in „unveränderten“ Dollar; in laufenden Dollar stiegen sie noch von 78 Md. auf 79,5 Md. Die übrigen Ausgaben der Bundesregierung stiegen von 21,5 auf 23,5 Md. Dollar. Die größte Steigerung lag, wie schon seit Jahren, bei den Ausgaben der Einzelstaaten und Gemeinden, von 100,7 Md. auf 112,5 Md. Dollar. Dieses Verhältnis dürfte sich auch 1970 nicht wesentlich ändern. Eine weitere leichte Senkung der militärischen Ausgaben wird durch eine Steuersenkung wettgemacht. Nixon bewies Ende Januar durch sein Veto des Budgets für das Sozialministerium, daß er entschlossen ist, das Bundesbudget nicht zu erhöhen, auch wenn das die Einschränkung notwendiger Sozialausgaben bedeutet, oder deren Abwälzung auf die ohnedies finanziell überbelasteten Städte.

Erst neuerdings beginnt die Konjunkturstockung sich auch auf den *Arbeitsmarkt* auszuwirken. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Laufe des Jahres 1969 noch um etwa 2 Millionen auf 78,7 Millionen. Aber der durchschnittliche Zuwachs sank in der zweiten Jahreshälfte auf einen Monatsdurchschnitt von nur 80 000. Die Arbeitslosigkeit stieg nur um etwa 200 000 und ist mit 3,4 vH der Beschäftigtenzahl ziemlich unverändert geblieben. Aber allein schon die Entwicklung der letzten Monate läßt für 1970 eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl um eine Million, das heißt auf etwa 4,8 vH erwarten. Der Rückgang der Industrieproduktion wird eine zusätzliche Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge haben; die Flugzeugindustrie (Boeing) und die Automobilindustrie haben bereits mit erheblichen Entlassungen begonnen. Deshalb dürfte eine Steigerung der Arbeitslosigkeit bis Ende 1970 auf über 5 vH durchaus möglich sein. Natürlich werden die ungelerten und halbgelerten Arbeiter am meisten betroffen.

Die Arbeitslosenzahl nahm bisher auch deshalb nicht stärker zu, weil marginale Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß ausschieden, weil — wie üblich zu Beginn eines Konjunkturrückgangs — die Produktivität sank und weil die Überstunden oder die Arbeitswoche verkürzt wurden. Die durchschnittliche Arbeitswoche sank insgesamt von 37,8 auf 37,5 Stunden, in der Industrie allein von 40,8 auf 40,3 Stunden. Überraschenderweise zeigt die Arbeitslosigkeit bisher keine nennenswerte Zunahme unter den Negern. Doch ist die statistische Erfassung der arbeitsfähigen Männer im Getto sehr unzureichend, weil viele von ihnen aus Hoffnungslosigkeit und anderen Gründen sich gar nicht auf dem Arbeitsmarkt melden. Eine kürzliche Untersuchung des Arbeitsministeriums in einem New Yorker Getto ergab, daß dreimal soviel Män-

ner zwischen 20 und 65 arbeitslos waren als offiziell gezählt wurden.

Wie schon erwähnt, stieg der Index der *Lebenshaltungskosten* (1957—1959 = 100) um 6,1 vH von 121,2 auf 127,8. Davon stiegen Nahrungsmittel und Dienstleistungen um je 7,2 vH, Wohnkosten um 6,7 vH. Für 1970 ist allenfalls für die zweite Jahreshälfte mit einer Senkung auf 4,5 bis 5 vH zu rechnen.

Die *Löhne* hielten für die Gesamtheit der Arbeiter mit der Preiserhöhung nicht Schritt, auch wenn einzelne starke Gewerkschaften ihre Position etwas verbessern konnten. Der Durchschnittsstundenlohn stieg von Dezember 1968 bis November 1969 nur noch um etwa 5 vH von 3,11 Dollar auf 3,26 Dollar. Der Durchschnittswochenlohn in der Industrie stieg noch weniger, von 127,82 Dollar auf 132,36, oder um 3,5 vH. In der Tat fiel der *Realwochenlohn* seit 1965 um beinahe 1 vH. Kein Wunder, daß die Enttäuschung der Arbeiter zu verschiedenen Streiks geführt hat, von denen neuerdings der Streik von 130 000 Arbeitern bei General Electric über drei Monate andauerte. Dabei sind die meisten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter besser geschützt als die unorganisierten Arbeiter, welche die Mehrzahl der Beschäftigten stellen.

Da Nixon es im Gegensatz zu seinen Vorgängern ablehnt, den Einfluß der Regierung auch nur moralisch — durch Aufstellung von Richtlinien bremsend auf die Preis- und Lohnentwicklung einzusetzen, stiegen vor allem die Preise 1969 mehr denn je, und jede Woche bringt auch jetzt noch Meldungen weiterer Preiserhöhungen in vielen Grundindustrien. Es wird eines kräftigen Rückgangs der industriellen Produktion bedürfen, bevor ein Umschwung eintreten kann.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die folgenden Symptome klare Anzeichen für einen Konjunkturrückgang darstellen: Rückgang des Wohnungsbaus — Stockung des Güterkonsums — Reduktion der Lagerbestände — Einschränkung der Kapitalinvestitionen — Zunahme der Arbeitslosigkeit — Kürzung der Arbeitswoche.

Die kumulative Wirkung dieser Faktoren wird zumindest die Industrieproduktion in diesem Jahr reduzieren, wahrscheinlich aber auch das nationale Gesamtprodukt selbst. Die anhaltenden inflationären Tendenzen werden diese Entwicklung zwar vielleicht verhüllen, aber in Wirklichkeit noch verschärfen.

Der weitere Verlauf der Konjunktur wird entscheidend von den Maßnahmen der Regierung und des Federal Reserve Board in Washington abhängen. 1969 lag die Priorität beider Gremien auf der Bekämpfung der Inflation: durch Anziehung der Zinsschraube und durch Verknappung des Kapitalmarkts sowie

durch die Bremsung der bundesstaatlichen Ausgaben. Diese Maßnahmen haben konjunkturdämpfend zu wirken begonnen, aber sie haben die Preissteigerungen nicht gestoppt. Gewiß pflegen diese das Ende des Konjunkturipfels um mehrere Monate zu überleben. Aber diese Zeit ist abgelaufen, und ein Ende ist immer noch nicht in Sicht.

Der Gedanke einer größeren Arbeitslosigkeit und des damit verbundenen Drucks auf das Lohnniveau mag manchen konservativen Unternehmerkreisen nicht unangenehm erscheinen, auch wenn gleichzeitig die Profite sinken. Sie würden eine kurze kräftige Rezession 1970 einer sich länger hinziehenden Flaute schon aus politischen Gründen vorziehen. Aber diese Kreise sind heute nicht mehr so einflußreich wie unter *Eisenhower*; damals bestimmte der erzkonservative Businessman *George Humphrey* die Richtung der Wirtschaftspolitik. *Arthur Burns*, Wirtschaftsberater unter Eisenhower, ist Nixon's engster Berater in Wirtschaftsdingen geworden. Er trat im Februar den Vorsitz des Federal Reserve Board an, von der die Kreditpolitik des Landes bestimmt wird. Er hat bereits angedeutet, daß unter Umständen die Zeit für eine Lockerung der Diskontschraube und der Kreditpolitik nicht mehr fern sei. Voraussetzung dafür wäre ein knappes und ausgeglichenes Budget und eine Verlangsamung des inflationären Drucks.

Auch Nixon ist sich vermutlich der sozialen Gefahren bewußt, die ein Konjunkturrückgang mit erheblicher Arbeitslosigkeit in der ohnedies durch Vietnamkrieg und Rassenfrage gespaltenen Nation hervorrufen müßte. Man kann nur hoffen, daß Regierung und „Fed“ den Zeitpunkt des Eingreifens nicht verpassen.

Präsident *Kennedys* Wirtschaftsberater, meist Neo-Keynesianer, ermöglichten ihm eine vorausschauende Wirtschaftspolitik, die eine mehrjährige ununterbrochene Konjunktur mit minimaler Erhöhung der Lebenshaltungskosten einleitete. *Johnsons* Konjunkturpolitik war opportunistischer; aber vor allem stieß er sich an der harten Tatsache, daß die Kosten des eskalierenden Vietnamkriegs, verbunden mit dem Ausbau von Sozialausgaben, unvermeidlich zur Inflation führen mußten. Nixon sieht sich ebenfalls vor diesem Dilemma; der von den Demokraten beherrschte Kongreß sträubt sich überdies, seine Versuche, die Sozialausgaben einzuschränken, zu unterstützen.

Zwar hat derselbe Kongreß endlich begonnen, die Militärausgaben etwas unter die Lupe zu nehmen. Aber solange der Vietnamkrieg andauert, ist die amerikanische Wirtschaft mit einer Hypothek belastet, die ihre Handlungsfreiheit erheblich einschränkt. Deshalb wird die unselige Kombination von Rezession und Inflation wohl den größten Teil des Jahres 1970 anhalten.

George Günther Eckstein